
Lohnpolitik in der Ersten Republik

Rezension von: Günther Chaloupek, Ulrike Felber, Michael Mesch, Hansjörg Klausinger, Lohnpolitik in der Strukturkrise (Die Ökonomik der Arbeiterbewegung zwischen den Weltkriegen, Band 3), Leykam, Graz 2009, 94 Seiten, € 16,90.

Es passiert, und gelegentlich fällt es einem auf: Dinge, Entwicklungen, Wissen, Geschichten geraten einfach in Vergessenheit. Diesen Eindruck konnte man in den zurückliegenden Jahren auch von der Geschichte der Arbeit, der Arbeiterbewegung und nicht zuletzt auch deren Theoriebildung gewinnen. Mit der Reihe „Die Ökonomik der Arbeiterbewegung zwischen den Weltkriegen“ soll eine wichtige Phase theoretischen Denkens, der Politikformulierung und der Reflexion des Faktors Arbeit in der wirtschaftlichen Entwicklung in Österreich in den Vordergrund gerückt werden: Die Jahre der ersten österreichischen Republik.

Der hier zu besprechende dritte Band widmet sich mit drei Beiträgen der „Lohnpolitik in der Krise“. Ulrike Felber behandelt die Diskussion von wirtschafts- und lohnpolitischen Strategien in den österreichischen Gewerkschaften. Einen Überblick über die Lohnpolitik und die tatsächliche Lohnentwicklung in den Zwischenkriegsjahren liefern Günther Chaloupek und Michael Mesch. Schließlich entfaltet Hansjörg Klausinger die theoretische Entwicklung der Österreichischen Schule für Nationalökonomie auf dem Gebiet Lohnbildung und Lohnpolitik.

Es ist hinlänglich bekannt, dass die wirtschaftspolitischen Erfolge der Regierungen der Ersten Republik eher

bescheiden waren. Nach dem Zusammenbruch des österreichisch-ungarischen Wirtschaftsraumes stand das Land vor großen wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen. Was zunächst ganz ordentlich gelang, war die politische und finanzielle Stabilisierung des Landes. Schon dabei zeigte sich, dass es nicht allein die neue Kleinräumlichkeit in Mittel- und Südosteuropa war, die „politisches Entrepreneurship“ genauso schwierig machte wie die „normale“ unternehmerische Tätigkeit: Von der freihändlerischen Gesinnung der goldenen Jahre des 19. Jahrhunderts war kaum etwas übrig geblieben. Und die finanzielle Sanierung Österreichs gelang auch erst, als die maßgeblichen Völkerbundmächte die österreichisch-italienischen Verhandlungen über eine Währungsunion ernst zu nehmen begannen. Die dann folgende Sanierung von Währung und Finanzen ließ die Kosten für die politische Stabilisierung Österreichs, die umfassenden sozial- und arbeitsrechtlichen Zugeständnisse an die Arbeitnehmerschaft und deren Organisationen, deutlich zutage treten, zumal angesichts der nur bedingten vorhandenen (technologischen) Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft. Diese durchaus gerechtfertigten Zuwendungen ließen sich in der Preiskalkulation nicht mehr mit hohen Inflationsraten und „leichter Valuta“ kaschieren.

Das Dilemma von wohlerworbenen Ansprüchen auf der einen und Marktrealitäten auf der anderen Seite wurde auch in den großen sozialistischen Arbeitnehmerorganisationen Sozialistische Partei und Gewerkschaften durchaus zur Kenntnis genommen und führte zu Diskussionen zwischen Partei und Gewerkschaften, aber auch innerhalb der Gewerkschaften,

die Ulrike Felber in ihrem Aufsatz klar herausarbeitet. Die Themen waren Lohnpolitik und Rationalisierung sowie die Möglichkeiten der Lohnpolitik in der Weltwirtschaftskrise. Ein beachtlicher Prozentsatz der seit der Genfer Sanierung persistenten hohen Arbeitslosigkeit wurde auf die Rationalisierungsbemühungen der österreichischen Wirtschaft zurückgeführt.

Die Renner'sche Idee einer staatlich moderierten gesamtwirtschaftlichen Reformstrategie fand aber in der Gewerkschaft wenig Gegenliebe. Von dort kam der Vorschlag, den Massenkonsum zu stärken, sprich die Löhne zu erhöhen, der zwar grundsätzliche Zustimmung fand, jedoch nur wenig praxisrelevant wurde. Otto Bauer und Karl Renner plädierten immer wieder dafür, dass die Lohnpolitik die internationale Konkurrenzfähigkeit Österreichs nicht beschädigen dürfe. Felber schließt zutreffend, dass der latente Konflikt zwischen Partei und Gewerkschaften ein grundsätzliches Dilemma aufzeigt: den Anspruch auf eine „offensive gewerkschaftliche Interessenvertretung und eine reformorientierte Wirtschaftspolitik“ auf der einen und die Rücksichtnahme auf „die ökonomische Realität im kapitalistischen System“ auf der anderen Seite.

Die empirischen Grundlagen der lohntheoretischen und -politischen Auseinandersetzungen werden im zweiten Beitrag des Bandes über „Lohnentwicklung und Lohnpolitik in Österreich in der Zwischenkriegszeit“ von Günter Chaloupek und Michael Mesch in gewohnt souveräner Weise entfaltet. Sie zeigen ein weiteres Mal, dass es in der Politik vor allem darauf ankommt, was die Leute glauben, und nicht darauf, was tatsächlich passiert. Sie können anhand ihres Datenmaterials zeigen, dass die Reallohnsteige-

rung zwischen 1924 und 1929, also zwischen Währungssanierung und dem Beginn der Weltwirtschaftskrise, dem gesamtwirtschaftlichen Produktionszuwachs entsprach. Einige Gewerkschaften konnten sogar beachtliche Reallohnsteigerungen realisieren. Dies war wohl nicht das Ergebnis produktivitätsorientierter Lohnpolitik, aber es war auch nicht so, dass die Gewerkschaften immer nur Abwehrkämpfe gegen Rationalisierungsfolgen führten. Weitere regionale und branchenspezifische Studien können hier noch interessante Befunde bringen.

Der dritte Beitrag befasst sich mit den lohnpolitischen Vorstellungen aus den Reihen der Österreichischen Schule der Nationalökonomie, also nicht mit Theoriebildung innerhalb der Arbeiterbewegung. Hansjörg Klausinger kann dabei kein konzises Theoriegebäude referieren, denn Lohntheorie war in der Zwischenkriegszeit nicht der Schaffensschwerpunkt dieser Gruppe, wenngleich die konjunkturpolitischen Überlegungen und Rationalisierungsdebatten diese Faktorkosten nicht außen vorgelassen haben. Möglicherweise wäre es interessant, auf die lohnpolitischen Erörterungen der Wiener Schule aus den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg zurückzugreifen.

Klausinger hat jedoch nur wenige Seiten und konzentriert sich auf Richard Strigl, Friedrich A. Hayek, Ludwig Mises und Fritz Machlup. Es verwundert natürlich nicht, dass sich die lohntheoretischen Konzepte der Wiener Schule im Rahmen eines radikal liberalen Koordinatensystems bewegen. Wenn die Gewinne durch eine zu offensive Lohnpolitik geschmälert werden, so Klausingers Zusammenfassung des liberalen Arguments, führe dies zu Kapitalaufzehrung und Stagnation.

Diese wirtschaftsliberale Haltung ge-

genüber lohn- und sozialpolitisch verursachten Kostensteigerungen bzw. Gewinnschmälerungen war aber nicht allein ein Argument in der innerösterreichischen Auseinandersetzung über die Einkommensverteilung. Sie fiel der österreichischen Außenpolitik ein ums andere Mal auf den Kopf, wenn sie auf internationalen Konferenzen über finanz- und handelspolitische Hilfestellungen für Mitteleuropa im Allgemeinen und Österreich im Speziellen verhandelte. Warum denn die Welt die österreichische Sozialpolitik zahlen sollte, hat Gustav Cassel einmal auf einer Finanzkonferenz in den 1920er-Jahren gefragt. Die österreichischen Politiker sollten nur das verteilen, was sie auch hätten, war sein Vorschlag. Danach könne man ja die Möglichkeit von Finanzhilfen nochmals prüfen.

Das Aufgreifen der lohntheoretischen und lohnpolitischen Diskurse der Zwischenkriegszeit ist ein löbliches Unterfangen. Aber die neuerliche Hinwendung zur Geschichte der Arbeit und der Arbeitnehmerorganisationen sollte

hier nicht stehen bleiben, sondern versuchen, weitere Zugänge zu finden. Zu denken ist hier neben vielen anderen Aspekten an die Entwicklung der prekären Arbeitsverhältnisse und deren Märkte und die Wirkungen der Inklusion der Arbeitnehmerschaft bzw. -organisationen in unternehmerische und gesamtwirtschaftliche Entscheidungsprozesse. Haben Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung zur Herausbildung einer spezifischen „Funktionärskaste“ geführt? Wie hoch ist die vertikale Mobilität? Interessant wäre sicher auch die Frage danach, welcher Personenkreis die von den Organisationen der Arbeitnehmerschaft besetzten wirtschaftlichen und politischen Führungspositionen übernimmt und in welchem Ausmaß die Gestaltung der Führungsaufgaben durch arbeitnehmerorientiertes Denken geprägt werden oder, umgekehrt, ob und in welchem Umfang solche Führungsaufgaben eine sozialisierende Wirkung auf ihre Träger haben.

Jürgen Nautz